

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstags,
Donnerstags und
Sonntags.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Pannbohn in Eibenstock.

Einundzwanzigster Jahrgang.

Abonnement
vierteljährlich
12 Ngr.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Inserate:
Für den Raum
einer
einpaltigen Zeile
1 Ngr.

Bei mehrmaliger Wiederholung von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigebblattes.“

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Majunke soll unserem großen Reichskanzler Anlaß gegeben haben, den Kaiser um seine Entlassung zu bitten. Bismarck soll den Beschluß des Reichstags vom 16. d., welcher die Verhaftung eines Abgeordneten während der Dauer der Session prinzipiell verwarf, als Mißtrauensvotum betrachtet und demgemäß seinen Entschluß gefaßt haben. Was also ein Anim mit allen Hilfsmitteln der Diplomatie, mit allen seinen Agitationen, Intriguen und Pressmanövern nicht vermochte, das sollte ein Majunke zu Stande gebracht haben, indem er sich einfach eine Zeit lang unsichtbar machte und dann während der Reichstagsession in's Gefängniß sperren ließ? Der „Post“ zufolge hat der Reichskanzler über seine Demission noch keinen definitiven Entschluß gefaßt, so daß zu hoffen ist, daß er von seinem Vorhaben abstehe werde.

Aus Petersburg schreibt man dem „Berl. Tgbl.“: Die hiesigen Blätter treten gegenwärtig, wo die stenographischen Referate über den Prozeß Arnim vorliegen, aus der Reserve heraus, mit der sie sich bisher gegenüber dieser Affaire verhielten. Fast ohne Ausnahme wird der frühere Botschafter des deutschen Reichs hier als ein politischer toter Mann betrachtet und zugleich ein strenges gerichtliches Urtheil erwartet. Die wenigen Stimmen, die früher, wenn auch noch so schüchtern, zu Gunsten des bedeutenden Staatsmanns, „der mit anderem als gewöhnlichem Maß zu messen sei“, laut geworden waren, sind verstummt oder haben ihren Irrthum eingestanden. Am entschiedensten spricht sich die „Petersburger Zeitung“ aus, die ebenfalls früher sich nicht ohne Sympathie für den Angeklagten geäußert hatte. Erst jetzt, wo die Anklage uns vorliegt, — sagt das zitierte Blatt, — können wir ein unabhängiges Urtheil abgeben. Ob das Stadtgericht zu Berlin kompetent oder nicht kompetent, ob die Voruntersuchung barbarisch oder nicht barbarisch zu Werke gegangen, kann uns hier gleichgültig sein. In jedem Fall erscheint die Wahrheitsliebe des Angeklagten stark kompromittirt, nicht minder beweisen, daß er zuwider den Instruktionen des Reichskanzlers Politik auf eigene Faust betrieb. Wir haben den im besten Fall krankhaft eitel zu nennenden Mann viel zu milde beurtheilt, denn die krankhafte Eitelkeit dieses Staatsmanns hätte seinem Vaterlande unter anderen Umständen unberechenbares Unheil bringen können.

Das „Bayerische Vaterland“ des Herrn Sigl in München erklärt nunmehr ganz unumwunden, daß, wenn der Runtius Meglia den Anspruch gethan: „Der katholischen Kirche kann nur die Revolution helfen“, er damit eine große Wahrheit ausgesprochen hat. Es ist in der That so: aus der Revolution wird die Kirche als Siegerin hervorgehen, nur durch die Revolution kann der Kirche wieder das Heil kommen und die Freiheit, welcher sie bedarf, um ihre segensvolle Aufgabe lösen zu können: ohne die Revolution würde sie geknechtet bleiben, die Sklavin der Macht, das Aschenbrödel des heidnischen Staates. Von ihren Feinden kommt ihr das Heil, aus der Revolution die Freiheit und neues Leben. Und diese Revolution kommt und muß kommen, weil auf dem bisher eingeschlagenen Wege sonst die Staaten zu Grunde gehen, die Kultur zur Barbarei zurücksinken, die Länder zu Wüsteneien, die Menschen zu Bestien würden.“

Franreich.

Paris. Der Prozeß Arnim und die in demselben veröffentlichten Aktenstücke nehmen fast einzig und allein das Interesse der hiesigen Politiker in Anspruch. Selbst in der National-Versammlung unter-

hält man sich mehr davon als von den Gegenständen der Tagesordnung. Wie sich von selbst versteht, beuten die Konservativen dasjenige, was Fürst Bismarck zu Gunsten der Republik in Frankreich sagt, nach Kräften gegen dieselbe aus; die Republikaner aber sagen: „Nun wohl, die Republik ist der Friede, also bleiben wir dabei!“ Ein Korrespondent der „Köln. Btg.“ schreibt noch: „Ueber das Wichtigste, was aus den verlesenen Depeschen hervorgeht, über die klare, von allen Hintergedanken freie Haltung Deutschlands gegen Frankreich, über die Abwesenheit aller Kriegsgelüste, die sich so unzweideutig aus den vertraulichen Erlässen des Reichskanzlers ergibt, sagen die Blätter bis jetzt nichts; ich glaube aber bemerkt zu haben, daß dieser Theil der Enthüllungen, der alle früheren Gerüchte über schlechte Absichten Bismarck's so glänzend Lügen straft, nicht verfehlt hat, Eindruck in hiesigen politischen Kreisen zu machen.“

Sächsische Nachrichten.

Ein erfreuliches Einverständnis unserer sächsischen Regierung mit der Reichsregierung, wie es am Ende schon immer bestand, wie es aber nur nicht hinreichend offenkundig wurde, spricht sich jetzt aus gegenseitigen offenen Kundgebungen aus. Da war es zuerst im Verlaufe der jüngsten Zeit die Zurückweisung seitens der „Nordd. Allg. Zeitung“, welche gewisse Behauptungen der „Preussischen Jahrbücher“ in Bezug auf die sächsische Politik erfuhren; da war es sodann die Vertheidigung der vertragmäßigen Stellung des sächsischen Armeecorps im allgemeinen deutschen Kriegsheer, welche der Reichskanzler Fürst Bismarck selbst übernommen; und da ist es nun wieder die Nichtstellung eines Ausdruckes in einem im Prozeß Arnim vorkommenden Aktenstücke, gegenüber der Entstellung desselben, welcher sich die „Dresd. Nachrichten“ schuldig gemacht, seitens des „Dresd. Journals“, wodurch jenes Einverständnis dokumentirt wird. Ein so offenes Auftreten verjehnt alles Mißtrauen, auch aus jenen Kreisen, die noch immer nicht zu wissen scheinen, daß reichs- und sachsenfreundlich vollkommen sich deckende Begriffe bilden können, es erbittert aber diejenigen, welche mit der „Dresdner Debatte“ das Heil unseres Landes im offenen Abfall von der Reichspolitik suchen. Freilich könnte man das Ausrathen einer solchen Politik fast aberwitzig nennen, denn sie entbehrt allen festen Haltes, wenn man ihn nicht mit dem Blatte in dem Beistande der Ultramontanen und in der tschechischen Nachbarschaft zu suchen geneigt ist.

Nach einer Berliner Correspondenz in Nr. 291 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat die Wagenfabrik „Westphalia“ in Hagen in einer Eingabe an das königlich preussische Handelsministerium unter Anderem die Behauptung aufgestellt: die königlich sächsische Regierung habe Concurrenzangebote, obschon ihnen ein öffentliches Concurrenzausschreiben vorausgegangen, mit der direkten Erklärung zurückgewiesen, daß in Sachsen prinzipiell Offerten nichtsächsischer Fabrikanten ausgeschlossen seien. Diese Behauptung ist nach dem „Dr. J.“ vollständig unwahr. Dasselbe läßt sich hierüber folgendermaßen aus: Das öffentliche Ausschreiben der Lieferungen wird bei der sächsischen Staatsbahnverwaltung im weitesten Umfange geübt. Die Eintheilung der Aufträge erfolgt dabei einzig und allein nach den durch die Sache selbst gebotenen Grundsätzen, d. h. Billigkeit und Vortrefflichkeit der Waare, der Auf der Fabrik u. s. w. geben den Ausschlag. Weder prinzipiell, noch sonst wie kommt dabei Bevorzugung oder Zurücksetzung von Lieferanten aus dem Grunde vor, weil letztere in Sachsen ihren Wohnsitz haben oder nicht. — Was insbesondere Eisenbahnwagen anbelangt, so sind während der letzten drei Jahre für die sächsischen Staatsbahnen etwa 1400 Wagen geliefert worden aus Fabriken in Berlin, Dres-